



**An den Grossen Rat**

**25.5190.02**

Petitionskommission  
Basel, 28. April 2026

Kommissionsbeschluss vom 27. April 2026

## **Bericht der Petitionskommission**

**zur Petition P499 «Mehr Kinder dank fairer Steuerpolitik: höhere  
Kinderabzüge jetzt!»**

## **1. Wortlaut der Petition**

In der Schweiz nimmt die Anzahl Kinder pro Frau seit Jahren kontinuierlich ab. Eine Studie hat aufgezeigt, dass die Kluft zwischen Kinderwunsch und Wirklichkeit gross ist. Dabei weisen gut ausgebildete Personen aus dem Mittelstand eine besonders tiefe Geburtenrate aus.

Die Petition verlangt eine signifikante Erhöhung der kantonalen steuerlichen Kinderabzüge von gegenwärtig CHF 8'900.- pro Kind (Beispiel: Basel-Stadt) auf folgende Beträge:

1. Kind: CHF30'000

2. Kind: CHF20'000

Ab dem 3. Kind: CHF10'000

Damit kann der Kinderwunsch wieder Wirklichkeit werden. Und die Unterstützung des Staates erfolgt unabhängig davon, wie das Kind betreut wird.

## **2. Kommissionsberatung**

### **2.1 Vorgehen**

Der Grosse Rat hat die Petition P499 «Mehr Kinder dank fairer Steuerpolitik: höhere Kinderabzüge jetzt!» an seiner Sitzung vom 14. Mai 2025 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 23. März 2026 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertreterin des Finanzdepartements und den Leiter der Steuerverwaltung an. Die Petentschaft ist zu diesem Hearing nicht erschienen. Sie hat sich eine Woche im Voraus, ohne Begründung, abgemeldet.

### **2.2 Anliegen der Petentschaft**

Da die Petentschaft zum Hearing nicht erscheinen wollte, beschränkte sich die Information über die Anliegen der Petentschaft auf den Petitionstext.

### **2.3 Stellungnahme der Vertretung des Finanzdepartements**

Die Vertreterin und der Vertreter des Finanzdepartements führten aus, dass Kinderabzüge zu den Sozialabzügen zählen und damit der kantonalen Kompetenz unterliegen. Sie werden in der Regel in Form von Frankenbeiträgen gewährt, welche vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Häufig sind Staffelungen in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder oder dem Alter der Kinder vorgesehen. In Basel-Stadt ist das geltende Recht in § 35, Absatz 1a des Steuergesetzes geregelt: Für jedes minderjährige, erwerbsunfähige oder in beruflicher und schulischer Ausbildung befindliche Kind wird ein Kinderabzug in Höhe von 9000 CHF gewährt, wobei die kalte Progression berücksichtigt wird. Bei getrennt besteuerten Eltern wird der Betrag halbiert, sofern keine Unterhaltsbeiträge zu leisten sind.

Die möglichen Auswirkungen der Petitionsforderungen lassen sich nicht abschliessend beurteilen. Dennoch ist mit erheblichen Einnahmerückgängen zu rechnen. Die Verwaltung schätzt, dass die Mindereinnahmen im Bereich eines hohen zweistelligen oder tiefen dreistelligen Millionenbetrags liegen könnten. Auch die Gemeinden Riehen und Bettingen würden von diesen Einnahmerückgängen betroffen sein.

## **3. Erwägungen der Petitionskommission**

Die Petitionskommission ist über das Nichterscheinen der Petentschaft irritiert. Sie bedauert es, dass deshalb keine Möglichkeit besteht, im direkten Gespräch inhaltliche Rückfragen an die Petentschaft zu richten. Die Voraussetzung für eine zielführende Diskussion ist somit nicht gegeben.

Hinzu kommt, dass die Petentschaft in der Zwischenzeit eine Initiative gestartet hat, bei welcher die Höhe der geforderten Abzüge teilweise erhöht wurden. Die Kommission sieht deshalb mehrheitlich davon ab, die Regierung unnötig mit dieser Petition zu beschäftigen und möchte die Initiative abwarten. Einige Kommissionsmitglieder möchten die Petition der Regierung überweisen, um Daten zu den Folgen der höheren Abzüge bspw. den Einnahmerückgängen und eine Einschätzung des Regierungsrats dazu zu erhalten.

#### **4. Antrag**

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 7:3 Stimmen bei 0 Enthaltungen, die Petition «Mehr Kinderabzüge dank fairer Steuerpolitik» als erledigt zu erklären. Sie hat ihre Präsidentin zur Sprecherin bestimmt.

Im Namen der Petitionskommission

Heidi Mück  
Kommissionspräsidentin